Der „Saskatchewan Courier"
ist die größte deutsche Zeitung der Provinz und wird in allen deutschen Ansiedlungen gelesen. Erscheint jeden Mittwoch und kostet bei Vorausbezahlung $1.00 pro Jahr. Bestellungen werden zu jeder Zeit angenommen. Man adressiere: „Sask. Courier Publ. Co." Drawer 505, Regina, Sask., oder spreche in der Office vor. Anzeigen-Raten werden auf Verlangen mitgeteilt.

Saskatchewan Courier

Organ der Deutschen Saskatchewans.

THE "SASKATCHEWAN COURIER" is the largest German newspaper publsh'd in Saskatchewan. It is by far the best medium to reach the many prosperous Germans in city and country. Advertising rates on application. Published every Wednesday at Regina, Sask.
Subscription price $1.00 in advance.
P. O. Drawer 505. - - - - Telephone 677.

3. Jahrgang | Regina, Saskatchewan, Mittwoch, 23. Februar 1910 | No. 18.

Foster, der Imperialist.

Hr. Geo. E. Foster ist einer der Führer der konservativen Partei im kanadischen Parlament. Er steht hoch in Rate der Partei. Er ist ein früherer Finanzminister, ein schlagfertiger Debatter, ein sarkastischer Redner. Nebenbei ist er Imperialist. Wie er sagt, gehört er zu den Politikern, die wohl „nie vergessen, daß sie Canadier sind, aber dabei stets seit im Auge behalten, daß sie als Canadier auch hohe Pflichten habende Bürger des britischen Weltreiches" sind. Doch dasselbe hat ja auch Laurier wieder und wieder betont: Ich bin Canadier und bin Brite. Und doch sagte Laurier: Ich bin kein Imperialist.

Also muß wohl Fosters Definition seines Imperialismus nicht ganz richtig sein. Der Imperialist in Canada ist in erster Linie Bürger des brittischen Weltreiches und dann erst Canadier. — Laurier und seine Schule sind in erster Linie Canadier und in zweiter erst Bürger des Weltreichs Britannia.

Das ist in unsern Augen der Unterschied. Er scheint manchem vielleicht nicht bedeutend — ist aber dennoch groß. Es ist ein fundamentaler Unterschied. Foster und seine imperialistischen Freunde und Genossen sind in erster Linie Briten, in zweiter erst Canadier. Laurier und seine politischen Gesinnungsgenossen sind zuerst und hauptsächlich Canadier, dann erst Briten. Foster und seine Gesinnungsgenossen, deren es eine große Anzahl unter den Konservativen giebt, sind für größere Centralisation der britischen Dominionen und Kolonien, für engeren Zusammenschluß, für einen allbritischen Zollverein, für ein allgemeines Reichsparlament, für engere Begrenzung unserer Selbstherrschaft. Laurier, unser langjähriger Führer und tatsächlicher Herrscher, ist dafür, daß wir das halten, was wir haben, unsere von der Konstitution gewährte Selbstherrschaft. Während sie wohl dem Mutterland eine Zollvergünstigung bewilligt haben, sind sie doch nicht für einen sogenannten britischen Zollverein zu haben, viel weniger für ein britisches Reichsparlament, wo die schwache Vertretung unseres Landes doch nur wenig in die Wagschale fiele und wo wir uns eventuell unsern Kurs von Leuten vorschreiben lassen müßten, die weder wissen, was für Canada am besten ist, noch auch ein solches Interesse an unserer Wohlfahrt haben können wie wir selbst.

Und darum ist in Laurier und seiner Partei, im Gegensatz zu den reaktionären Imperialisten, der Fortschritt verkörpert. Kein allzu radikaler, aber ein logisch sich entwickelnder Schritt vor Schritt vorwärts strebender, Fortschritt.

Besonders in der Flottendebatte hat es sich gezeigt und zeigt es sich noch, daß die hier aufgestellten Behauptungen der Wahrheit entsprechen. Laurier und seine liberalen Kollegen sind für logischen Weiterbau unserer Selbstherrschaft auf dem Gebiete der Landesverteidigungsfrage. Die Imperialisten sind dagegen. Das ist aber ebenso viel als Rückschritt.

Und wo finden wir die Imperialisten? In welchem politischen Lager? Im Lager der Konservativen. R. L. Borden, Geo. E. Foster, Dr. Sproule, Col. Hughes und wie alle diese Herren heißen. Sie haben sich als Imperialisten gegeben. Und als Imperialisten, britische Imperialisten — haben sie sich fast alle deutschfeindlich ausgesprochen. Das wollen wir uns als Deutsch-Canadier hinter die Ohren schreiben. Das wollen wir in guter Erinnerung behalten.

Im Verlauf der Flottendebatte hielt der Imperialist Geo. E. Foster eine lange Rede als Antwort auf die Rede des Kriegsministers Sir Frederick Borden, der ausgeführt hatte, daß wir als freie Männer unsere Pflicht tun und selbst für unsere Landesverteidigung sorgen sollten, daß Geldbeisteuer zur britischen Flotte den gefährlichen Grundsatz der „Besteuerung ohne Vertretung" bedeute, daß wir unsere Autonomie wahren müßten und daß die deutsche Gefahr nur ein britisch-politisches Schreckgespenst sei.

Nun kam der Imperialist und Ultra-Loyalist Geo. E. Foster. Wie es in seinem Lager Mode ist, beschuldigte er Sir Wilfrid Laurier der Verräterei an Großbritannien. Er schilderte ihn als einen Autokraten, der seine Partei zu seinen politischen Anschauungen zwinge oder sie mit den Zuckerbrötchen des Patronagesystems an sich kette. Laurier sei im Herzen ein Feind britischer Institutionen. Er hätte gesagt, er danke Gott, daß er kein Imperialist sei. Aber ein Imperialist sei ein Mann, der Großbritannien gegenüber seine volle Pflicht tue. Das hätte Laurier nicht getan und das wolle er auch weiterhin nicht tun.

Redner ging dann auf die eigentliche Flottenfrage über und sagte, er sei für Centralisation der Reichsverteidigung und meinte, die canadische Selbstherrschaft habe ihre Grenzen. Im Hinblick auf Reichsverteidigung gebe es keine canadische Autonomie. „Dies Lumpenbaby Autonomie," rief er aus. Warum sollen wir Großbritannien kein Geld für die Flotte geben? Sind wir zu arm? Nein, man prahlt damit, daß wir reich sind. Aber man giebt vor, dies „Lumpenbaby" Autonomie schützen zu wollen. Das ist aber nur ein Vorwand, das ist nur ein lächerlicher Popanz. Laurier will eben, so behauptet Redner, Großbritannien in der Not nicht beistehen. Laurier will die Landesverteidigungsfrage für Canada lösen — will aber keinen Finger zur Reichsverteidigung aufheben. Laurier ist eben ein Verräter, ein Feind Großbritanniens, und habe sich schon früher für volle Unabhängigkeit Canadas ausgesprochen. Zur Zeit des Burenkrieges hätte Sir Wilfrid keinen einzigen Canadier nach Südafrika schicken wollen, bis er von der öffentlichen Meinung des Landes dazu gezwungen worden sei.

Canada, das reiche Canada, so rief Redner aus, müsse sofort eine große Geldbewilligung machen oder Großbritannien einige Schlachtschiffe (zu 10 bis 15 Millionen Dollars per Stück!) schenken. Laurier und der Kriegsminister hätten behauptet, es sei keine Gefahr für Großbritannien vorhanden und die Briten könnten ruhig in ihren Betten schlafen.

„Mir sieht es aber nicht so aus.... Ich hatte mich an das, was britische Autoritäten sagen. Wenn ich Deutschlands Geschichte lese und sehe, welch gewaltige Fortschritte es macht, wenn ich sehe, daß Deutschland die gewaltigste Armee der Welt von 4 Millionen Soldaten besitzt....., wenn ich sehe, daß Deutschland überbevölkert ist, 303 Seelen pro Quadratmeile, wenn ich denke, daß Deutschland voll Arbeiter ist, die Arbeit haben müssen, und daß Deutschland infolgedessen, koste es was es wolle, Märkte suchen muß, — wenn ich das alles bedenke und dann sehe, daß Deutschland keine Kolonien hat und sich eine großartige Flotte baut, die in jeder Einzelheit vollkommen ist — eine Flotte, die der britischen an tatsächlicher Kriegsstärke schon fast gleichkommt — wenn ich das alles bedenke und dann auf Deutschlands Verbündete sehe, während Großbritannien so wenig Verbündete hat. (Das ist denn doch stark. Red.) — Wenn ich es mir klar mache, daß direkt vor Britanniens Augen diese gewaltige deutsche Flotte liegt, wie Hunde an der Kette, — dann sage ich, daß es jetzt höchste Zeit ist, daß jeder, der zum britischen Reich gehört, daß jeder Canadier, der Canada sicher und geschützt wünscht, wenigstens etwas zur Verteidigung des Reiches tun sollte. Jeder Canadier, ob französisch, englisch, irisch oder schottisch, muß die Gefahr sehen, muß aufwachen, muß handeln.... Wenn eines Tages ein neues Amargeddon (Entscheidungsschlacht) in der Nordsee stattfindet und die Wagschale (was Gott verhüten möge) auf britischer Seite niedergehen sollte — wo wird dann Laurier Trost suchen? Seine Politik kann von keinem Nutzen für das Reich sein und ich flehe Canada an, sofort zu handeln, in männlichem, canadischem und imperialistischem Sinn bei der Verteidigung des Reiches zu helfen —".

So endete der Imperialist seine Rede. Wie bei Borden, so auch bei ihm die deutsche Gefahr. Die wahnsinnigen Uebertreibungen und Lügen, die Hetzereien und Gemeinheiten über Deutschland.

Aber das ist imperialistisch. So reden diese Herren, die Foster, Borden, Burrell, Lake, Dr. Sproule, Roblin, Manitobas Premier u. s. w.

Und alle diese deutschfeindlichen Hetzer sind konservativ. Ja, sie sind die ersten Großen im konservativen Lager.

Dagegen sagt Sir Fred. Borden: „Ich halte die deutsche Gefahr für eine Hetzerei, für politische Mache — und Laurier sagt: Ich keyne auch die Deutschen. Sie gehören zu den allerbesten Bürgern des Landes.

Die Konservativen aber schlagen uns Deutsche hier offen ins Gesicht, wenn sie über Deutschland schimpfen und gegen Deutschland hetzen. Denn wenn wir auch nicht mehr politisch zum Deutschen Reich gehören, so gehören wir doch im völkischen Sinne zu Deutschland.

R. L. Borden — das schwankende Rohr.

Der Führer der konservativen Partei im Dominion-Parlament, R. L. Borden, hat sich in der Flottenfrage als ein ganz wankendes, schwankendes Rohr im Winde erwiesen. Während er früher, als Laurier die Flottenresolution im Hause einbrachte, für dieselbe war — ist er jetzt dagegen. Während er früher sagte, es wäre das beste für Canada, eine eigene Flotte zu beginnen, behauptet er jetzt, Canada müsse unverzüglich einige 20 Millionen an Großbritannien schenken. Er hat sich zum Imperialisten und Deutschenfeind durchgebildet. Malte, wie seine Kollegen hüben und drüben, die deutsche Gefahr an die Wand, machte sich, wie jene, grotesker Uebertreibungen schuldig und schleppte damit Oel herbei für das Feuer, das die internationalen Kriegshetzer gerne anzünden möchten.

Aus seinen eigenen, öffentlich gesprochenen Worten geht Bordens Hin- und Her-Politik klar hervor. Mit seinen eigenen Worten spricht er sich das Urteil, daß er ein schwankendes Rohr.

Letztes Jahr sprach er auf einem ihm gegebenen Bankett zu Dublin: — „Sir Wilfrid Lauriers Flottenresolution bildet den Beginn einer stetigen Politik der Dominion Canada, welche Politik einem viel praktischeren Zweck dient als eine Dreadnought-Offerte." Im März 1909 sagte Borden im Dominion-Parlament: „Ich bin mit des Premierministers Ausführungen über die Seeverteidigungsfrage vollkommen einverstanden. Ich bin voll und ganz der Meinung, daß die richtige Linie, auf welcher wir vorgehen müssen, die eiener eigenen canadischen Flotte ist. Ich bin also ganz mit dem Premierminister einverstanden. Auch bin ich mit ihm der Meinung, daß eine zu dem Zweck verwendete Geldausgabe unter Kontrolle des Parlaments sein sollte —."

Am 14. Oktober 1909 sagte er in Halifax: „Ein Prinzip sollte wenigstens festgehalten werden, daß nämlich unsere Seeverteidigung beschafft werden sollte aus unserm eigenen Material, durch canadische Arbeit und von Canadiern hergestellt. Das Parlament hat seine Flottenpolitik in einer Resolution niedergelegt und beide Parteien waren für dieselbe. Vielleicht waren nicht alle Konservative mit dieser Politik einverstanden, aber es schien unsere heilige Pflicht zu sein, einen so wichtigen und folgenschweren Schritt über den Parteihader zu stellen."

Aber am 3. Februar 1910 sagte derselbe Herr: „Es ist Canadas Pflicht, sofort eine große Geldbewilligung an die britische Admiralität zu machen, worüber diese allein zu verfügen hat. Es sollte ein Betrag sein, wofür mindestens zwei Dreadnoughts (also 20 bis 30 Millionen Dollars) gekauft werden können.... Bewilligt 20 Millionen Dollars als eine freie und loyale Beisteuer, wofür Großbritannien 2 Dreadnoughts bauen kann, die dann einen Teil der britischen Flotte werden."

Aus diesen Ausführungen des Führers der Herren Konservativen geht deutlich hervor, daß er sich von den Imperialisten in seiner Partei hat ins Schlepptau nehmen lassen. Diese haben also wohl die Ueberhand in der konservativen Partei der Dominion Canada.

Aus dem Dom. Parlament.

Die Flottendebatte nimmt ihren Fortgang im Parlament. Dutzende von Rednern auf beiden Seiten wollen noch zu Worte kommen. Doch ist das meiste Pro und Contra wohl schon gesagt. Was noch folgt, kann nicht viel mehr sein als Wiederholungen des schon Vorgebrachten. Unter den Reden auf liberaler Seite war die des Kriegsministers Sir Fred. Borden entschieden die wichtigste und inhaltsreichste. Er wies darauf hin, daß die Laurier'sche Flottenpolitik ganz im Einklang mit seiner übrigen Politik sei. Es sei das eine große Aufgabe, aber wir müßten als mannbar werdende Nation die Lösung schwerer Aufgaben auf uns nehmen. Die sog. deutsche Gefahr sei übertrieben und zum größten Teil politische Mache. Großbritanniens Flotte sei viel zu stark, als daß die deutsche es wagen könnte, mit ihr anzubinden.

Auf konservativer Seite war es Hon. Geo. E. Foster, der den Standpunkt vertrat, Canada solle Großbritannien einige Schlachtschiffe schenken. Wie seine Freunde und politischen Bettgenossen hetzte er in seiner Rede gegen Deutschland (siehe Spezial-Artikel über Foster).

Andere konservative Redner, die sich ähnlich hetzerisch und deutschfeindlich aussprachen, waren Roche, Alberta, und Goodeve, B. C.

Eine ganz besondere Flottenpolitik, die wir der Kuriosität wegen anführen, würde von einem anderen Konservativen vorgebracht. Er meinte Canada solle 7 Dreadnoughts von Großbritannien „pumpen". Großbritannien solle Canada ein Kapital von 50 Millionen vorstrecken. Canada zahle dafür ungefähr anderthalb Millionen Dollars Zinsen, wofür Großbritannien unserm Lande 7 Dreadnoughts pro Jahr leihe. Diese Dreadnoughts würden genügen, die canadischen Handelsrouten über den Atlantischen Ozean zu schützen. Mit wenig Geld würde dann Canada sofort eine große Flotte bekommen. Wirklich, eine famose Idee.

Eine lange, recht vernünftige Rede hielt der Abgeordnete Congdon vom Yukon. Die Rede war stark pro-britisch, ohne anti-deutsch zu sein. Er geißelte den übermäßigen Eifer der Ultra-Imperialisten Foster, Burrell, Sam Hughes u. s. w. Diese Herren wären gesichtlicher für das Land als selb illoyale Bürger. In ihrem übertriebenen Eifer nützten sie dem Lande nicht nur nichts, sondern fügten ihm Schaden zu, denn sie säten Feindschaft gegen andere Länder. Ein vernünftiger Mittelweg sei auch die beste Flottenpolitik. Er könne nicht zu dem Glauben bekehrt werden, daß die deutsche Flotte mit der Absicht gebaut werde, Großbritannien zu bekriegen. Großbritanniens Flotte sei viel zu mächtig, daß man an so etwas glauben könne. Auch sei es in seinen Augen einfach töricht, die Bewohner der britischen Inseln mit dem deutschen Invasionsgespenst zu schrecken. Einige hunderttausend deutscher Soldaten könnten niemals Großbritannien erobern, auch wenn sie unbehelligt ins Land kommen würden. Wenn aber 200,000 Mann deutscher Soldaten Großbritannien wirklich unterjochen könnten, dann hätten die Briten das verdient. Dann wäre es Zeit, daß es geschehe und dem Lande neues Blut zugeführt werde. Deutschland aber denke garnicht an Krieg. Das neue Handelsabkommen zwischen Deutschland und Canada sei ihm Zeichen und Gewähr dafür, daß Deutschlands endliches Ziel die Förderung des Handels, nicht Krieg, sei.

In ganz anderem Ton sprach der streitbare, nach seinen Worten stets kriegslustige Oberst Sam Hughes. Er hielt dafür, daß Deutschland einen Krieg mit Großbritannien wolle und sich mit aller Kraft auf diesen gigantischen Kampf rüste. Deutschlands Politik sei stets die Blut- und Eisen-Politik gewesen. Dieser Politik entsprang der deutsch-dänische, der deutsch-österreichische und der deutsch-französische Krieg. Mit dieser Politik steuere es jetzt auf den deutsch-britischen Krieg zu. Während das deutsche Volk friedlich, freundlich, gesetzliebend und hochgebildet sei, sei die deutsche Regierung ein wirklicher Ausbund aller Intriguen und Gemeinheiten. Deutschland habe sich schon jetzt Holland tatsächlich unterjocht. Dies Land sei praktisch schon eine deutsche Provinz. Deutschlands politisches Ziel seien Kolonien und diese würde es nur von Großbritannien erobern können. Deswegen müsse es Großbritannien bekriegen. Sobald Großbritannien irgendwo in eine böse Lage komme, werde Deutschland diese zu seinem Besten ausnützen. Und so ging es in einem über 2 Stunden lang fort. Der Große Friedrich, Bismarck, Wilhelm, der siebenjährige Krieg, die napoleonischen Kriege, die Einheitskriege, das Krügertelegramm, alles wurde herangezogen, um gegen Deutschland zu hetzen. Ja, der großmäulige Oberst meinte sogar, das neue deutsch-canadische Handels-Abkommen zeige auch wieder Deutschlands Gemeinheit. Es versuche, auf wirtschaftlichem Wege die Kolonien Großbritanniens zu ködern und von dem Mutterlande abzuziehen.

Wirklich, ein ganz famoser Herr. Aber all sein Gequatsch ist nur dazu angetan, ihn bei vernünftigen Leuten lächerlich zu machen.

Herr Haggarth, Winnipegs Abgeordneter, fragte beim Generalpostmeister wieder an, warum die Postoffices am Sonntag geschlossen worden seien. Generalpostmeister Lemieux meinte, die Verhältnisse hätten sich jetzt so geändert, daß kein Ausnahmezustand für den Westen mehr gerechtfertigt sei. Viele Geschäftsleute in größeren Städten des Westens hätten die Postprivilegien dazu gemißbraucht, ihre Angestellten am Sonntag fast ebenso viel arbeiten zu lassen, als an gewöhnlichen Wochentagen. Das hätte aufhören müssen.

Die Anti-Gambling Vorlage wirbelt viel Staub auf und prominente Züchter von Rennpferden behaupten, daß die Vorlage ihnen großen Schaden zufügen werde, wenn sie zum Gesetz erhoben werde.

Regierungs-Elevatoren in Manitoba.

Eine der wichtigsten Vorlagen, die in die Manitobaer Legislatur eingebracht sind, ist die betreffs Regierungs-Elevatoren. Die Bestimmungen der Vorlage sind kurz zusammengefaßt wie folgt:

Die Regierung der Provinz Manitoba erhält die Vollmacht, Getreide-Elevatoren zu bauen, zu kaufen, zu pachten und zu verwalten, wenn 60 Prozent der Farmer in einem Distrikt eine dahingehende Petition einreichen.

Wenn die Regierung nicht mit den Elevatorleuten über den Pacht- oder Kaufpreis einig werden kann, so hat die Regierung das Recht der Expropriation. Der Preis wird nach dem tatsächlichen Wert der betreffenden Getreidespeicher berechnet.

Um Gelder aufzubringen, hat die Regierung das Recht, Schuldscheine auf 40 Jahre Dauer unter Regierungs-Garantie auszugeben.

Die Regierung kann die Elevatoren wieder an Munizipalitäten verkaufen oder verpachten.

Um den Betrieb der Elevatoren zu leiten etc., kann die Regierung bis zu drei Kommissäre ernennen, die nur der Regierung verantwortlich sind.

Diese sind die Hauptbestimmungen der Vorlage, von der man annimmt, daß sie zum Gesetz erhoben wird.

Minister resiguiert.

Hon. Cushing, Minister für öffentliche Arbeiten im Rutherford-Kabinett (Alberta) hat seinen Posten niedergelegt, weil er nicht mit der Regierungspolitik, namentlich nicht mit der Eisenbahnpolitik, einverstanden ist. Wie es heißt, soll er ziemlichen Anhang in der Legislatur haben.

Da die Oppositionspartei so klein war, bildet sich innerhalb der regierenden liberalen Partei eine Opposition. Es ist immer gut, eine starke Opposition zu haben. Das hält die regierende Partei fester zusammen und läßt diese vorsichtiger in ihren Unternehmungen zu Werke gehen.

Steigen der Lebenskosten.

Die Labor Gazette für den Monat Januar enthält die ersten Resultate der Untersuchung der Regierung betreffs Steigens der Lebensmittelpreise. Die Engros-Preise für Schlachttiere und Fleisch zwischen den Jahren 1890 und 1909 werden angeführt. Die Preise waren im Jahr 1909 um 48 Prozent höher, als während der letzten 20 Jahre. Im Jahre 1907 waren die Preise um 77 Prozent höher als im Jahr 1907!

Zollkrieg beendet.

Von Ottawa kam letzte Woche ganz als Ueberraschung die Nachricht, daß mit dem deutschen Generalkonsul Dr. Lang ein Handelsabkommen gemacht worden sei. Nach diesem Handelsabkommen — kein Handelsvertrag — hebt Canada den Kampfzoll auf deutsche Einfuhrwaren auf und Deutschland bewilligt seinen Minimaltarif auf eine ganze Anzahl canadischer Handelsartikel. Unter diesen werden folgende genannt: Getreide, außer Roggen, Obst, Holz, Pferde, Rindvieh, Schafe, Fleisch außer Speck, Hummern, Schmalz, Mehl, kondensierte Milch, Leder, Schuhe, Holzmasse, Pappen und Calcinum Carbid.

Falls ein Handelsvertrag nicht folgt, können beide Teile von dem getroffenen Abkommen zurücktreten. Es wird jedoch erwartet, daß es in absehbarer Zeit zu einem Handelsvertrag kommen wird.

Der Zollkrieg ist also glücklicherweise beendigt. Eigentlich wurde der Zollkrieg nur von Canada geführt, während Deutschland nur die allgemeinen Tarifsätze auf canadische Waren anwandte. Dieser Zustand, der seit 1903 in Kraft war, bewirkte aber, daß der deutsch-canadische Handel nicht vorwärts kommen wollte. Der Handel stand im Jahr 1909 noch ungefähr auf derselben Stufe wie im Jahre 1903. Dieser Zustand war für beide Teile unleidlich und man bemühte sich schon lange, namentlich von Deutschland aus, ein besseres Verhältnis herbeizuführen. Wenn man auch auf Beilegung des schädigenden Zollkriegs hoffte, so wollte man doch nicht recht an bessere Zeiten glauben, und erst vor einigen Wochen schrieb noch ein hiesiges deutsches Blatt, daß unter dem Regime Laurier noch so bald nicht an eine Aenderung zu denken sei.

Der „Courier" ist immer energisch für Besserung der handelspolitischen Verhältnisse eingetreten und wir denken, wir haben damit unser bescheiden Teil zur Beilegung des Streits beigetragen, und wir sind herzlich froh, daß jetzt ein leidlicher Zustand herbeigeführt worden ist.

Was die Ursache des Zollkriegs betrifft, so wird und wurde von canadischen Zeitungen immer Deutschland als der schuldige Teil hingestellt. Einem oberflächlichen Betrachter mußte es auch stets so erscheinen. Eine hiesige deutsche Zeitung führte kürzlich aus, daß die Kurzsichtigkeit des damaligen deutschen Konsuls schuld an dem Zollkrieg gewesen sei. Tatsächlich aber lag die Sache anders. Die letzte Ursache war die Chamberlain'sche Politik eines engeren wirtschaftlichen Zusammenschlusses der einzelnen Teile des britischen Reiches. Die Politik des Schutzzöllners Chamberlain, seine Ideen eines allbritischen Zollvereins faßten sofort in Canada Wurzel. Letzteres gewährte Großbritannien einen Vorzugszoll. Deutschland nahm den Standpunkt ein, daß darin eine Diskrimination liege und wandte den allgemeinen Tarif auf canadische Waren an, während früher die canadischen Waren unter dem Minimalzoll in Deutschland eingeführt wurden. Canada antwortete mit einem Kampfzoll von einem Drittel über den allgemeinen Zoll und der Zollkrieg war da.

Der Zollkrieg hatte also seinen Grund in dieser neuen canadischen Wirtschaftspolitik und entsprang mehr politischen als handelswirtschaftlichen Interessen.

Wenn Canada jetzt die von Deutschland ihm entgegengestreckte Friedenshand annimmt, so zeigt es damit, daß die Chamberlain'sche Zollvereinspolitik nicht weiter Wurzel in der Dominion gefaßt hat, was ja auch schon aus dem neuen canadisch-französischen Vertrag hervorgeht.

In England ist man nicht sehr erbaut über das neue Abkommen. Zweifellos wird letzteres eine Steigung des deutsch-canadischen Handels zur Folge haben, was notwendiger Weise einen Rückgang des englischen Handels zur Folge haben muß. Deutschland kann jetzt erfolgreicher mit den anderen Handelsnationen in Canada konkurrieren. Der deutsche Handel wird zunehmen und deutsches Kapital wird es wagen, sich mehr an der Entwicklung der natürlichen Hilfsquellen der Dominion zu beteiligen.

Wir lassen hiermit noch die Worte eines Wechselblatts folgen, das am Schluß eines längern Artikels über das neue Abkommen schreibt:

„Welch weites Feld bietet sich deutscher Umsicht, deutscher Energie, deutscher klug-nüchterner Auffassung, die auf gründlicher und ehrlicher Basis gegründet, sich überall in der Welt Vertrauen erwirbt und einen der ersten Plätze wie auf allen internationalen Märkten, so auch auf dem canadischen einzunehmen berechtigt ist.

„Ein Ruf geht durch das Deutschtum Canadas an die alte Heimat: Nutzt mit aller Euch zu Gebote stehenden kaufmännischen Intelligenz die unabsehbaren Chancen aus, die Canada klugem Unternehmungsgeist bietet und schafft dadurch den in seiner Größe nicht hoch genug einzuschätzenden Nutzen, dem in rein politischer und handelspolitischer Beziehung allem friedlichen Deutschtum durchaus freundlich gesinnten gewaltigen Reiche mit seinen acht Millionen Einwohnern, einer Ziffer, die dauernd steigt, und das alle Pioniere der Kultur ohne Unterschied der Nationalität in großzügiger Weise unterstützt, in der Weiterentwicklung zu helfen und dem eigenen Vaterlande die günstigsten Perspektiven zu öffnen."

Neueste Nachrichten.

Budapest, 21. Febr. — Der Vollzugs-Ausschuß der ungarischen Verfassungspartei hat den Beschluß gefaßt, die Partei in ihrem bisherigen Bestand aufzulösen. Damit ist eine Wendung eingetreten, welche in bestunterrichteten Kreisen schon seit einiger Zeit erwartet worden war.

Zugleich erläßt ein Komite, welches sich zur Organisation einer neuen Regierungspartei gebildet hat, einen Aufruf an die Wähler des Landes, der in Aussicht genommenen Neugründung beizutreten.

Die neue Partei soll nach dem Programm-Entwurf die Harmonie zwischen König und Nation herstellen und produktiv arbeiten entgegen der unfruchtbaren, das Land erschütternden Koalition.

Die Konstituierung der neuen Partei ist für Samstag angesetzt.

Madrid, 21. Feb. — Dr. Gans-Fabrice hat jetzt die Pläne für sein abenteuerliches Vorhaben, per Luftschiff über den Atlantischen Ozean zu fliegen, fertig, und die Zeit der Abfahrt auf Mitte Mai festgesetzt. Der Aufstieg wird entweder von der Küste von Portugal aus oder auf der Insel Teneriffa erfolgen.

Der Ballon, von elliptischer Gestalt, hat eine Länge von 162, eine Breite von 49 Fuß und hält 6000 Kubikmeter Wasserstoffgas. Der Tragkorb, wie ein Unterseeboot gebaut, ist 28 Fuß lang, 7 Fuß breit und wird mit einem Motor von vier Pferdekräften ausgerüstet, der nur dazu dienen soll, den Ballon im Kurs der afrikanischen Passatwinde zu halten. Die Idee des Luftschiffers ist, die Fahrt über den Atlantischen Ozean gänzlich ohne mechanische Triebkraft zu bewerkstelligen und die Luftströmungen zu benützen, welche einst Christoph Columbus auf seiner Entdeckungsreise nach Amerika führten.

Zur Vermeidung der Gefahren, die sich durch Gas-Ausdehnung bei Temperaturwechsel ergeben können, hat der Ballon zwei Hüllen, zwischen denen fortwährend ein Luftstrom zirkuliert. Wasser wird als Ballast verwendet werden.

Dr. Gans-Fabrice will, bevor er das große Wagnis unternimmt, eine Probefahrt über europäische Seen ausführen.

London, 19. Febr. — Prinz und Prinzessin Heinrich von Preußen trafen heute Abend hier ein. Sie werden für die Dauer einer Woche Gäste im Buckingham-Palast sein. Wie verlautet, ist der Zweck des Besuches, eine bessere Stimmung zwischen England und Deutschland herbeizuführen.

Stuttgart, 19. Febr. — Ein Mann versuchte gestern Abend in das königliche Schloß einzudringen und wurde prompt verhaftet. Man vermutet, daß er ein Attentat auf König Wilhelm beabsichtigte.

Paris, 21. Febr. — Die Regierung hat den französischen Gesandten in Marokko, Regnault, angewiesen, einen Kurier nach Fez abzusenden, um dem Sultan Mulai Hafid das Ultimatum Frankreichs bezüglich der kürzlich abgeschlossenen marokkanischen Anleihe auszuhändigen. Die französische Regierung hat den Signaturmächten des Algeciras-Vertrages Mitteilung gemacht von den Schritten, welche getan werden sollen, wenn Mulai Hafid seine Zustimmung zu der Anleihe verweigert.

Madrid, 19. Febr. — Die Freunde des früheren Premiers Moret haben sich der Opposition gegen den jetzigen Premier Canalejas angeschlossen, mit der Begründung, daß Canalejas nicht der Führer der liberalen Partei sei. Sie verlangen, Canalejas solle abdanken und dem General Weyler, dem früheren Kriegsminister, gestatten, ein Kabinett zu bilden. Der Premier hat sich jedoch geweigert, diesem Wunsche nachzukommen. Er erklärt, daß die Frage durch die bevorstehenden Wahlen entschieden werden würde.

St. Petersburg, 22. Febr. — Der Unterausschuß für juristische Fragen in der russischen Duma, welchem der Antrag der Opposition auf Abschaffung der Todesstrafe zur Prüfung überwiesen war, hat sich am Donnerstag gegen den Antrag entschlossen, einmal weil die Abschaffung der Todesstrafe die Befugnisse des Parlaments überschreite und weiter, weil er die Abschaffung der Todesstrafe zur Zeit für nicht rätlich hält.

In dem Bericht des Unterausschusses werden statistische Vergleiche angestellt zwischen der Zahl der Hinrichtungen und der der Morde bezw. Mordversuche seit dem Jahre 1904, welche ergeben:

	Hinrichtungen.	Getötet oder verwundet
1905	10	631
1906	144	4,001
1907	1,193	3,001
1908	825	1,830

Die Zahlen für 1907 und 1908 geben nur die Zahl der Getöteten an. Für das Jahr 1909 fehlen die amtlichen Zahlen noch, doch ergeben die von einigen Zeitungen aufgestellten Statistiken eine beträchtliche Abnahme sowohl der Hinrichtungen wie der Mordtaten.

Der Bericht des Ausschusses hebt ferner hervor, daß das Ziel, welches den Befürwortern der Abschaffung der Todesstrafe vorschwebe, besser erreicht werden könne durch Aufhebung des Belagerungszustandes in den Landesteilen, wo derselbe noch bestehe, und derselbe empfiehlt deshalb, dies sofort zu verfügen.

Berlin, 19. Febr. — Auf der Kieler Außenfohrde ist gestern bei einer Uebungsfahrt ein schwerer Zusammenstoß zwischen zwei deutschen Kriegsschiffen erfolgt, der leicht eine Katastrophe zur Folge haben konnte. Der Kreuzer Dresden (der im Herbst v. J. an der New Yorker Hudson-Fulton-Feier teilgenommen hat), ist von dem Kreuzer „Königsberg" gerammt worden.

Die „Königsberg" fuhr mit voller Wucht in die „Dresden" hinein und riß dieser die Backbordseite auf. Das Leck im Rumpf der „Dresden" ist so bedeutend, daß die „Kollisions-Matten" angewendet werden mußten, um das eindringende Wasser abzuhalten.

Auch die „Königsberg" wurde erheblich beschädigt; doch gelangten beide Schiffe ohne weiteren Unfall und ohne fremde Hilfe in den Hafen. Verletzt wurde niemand. Ursache des Zusammenstoßes war ein Versagen der Steuerung der „Königsberg".

Wien, 18. Febr. — Unter dem Vorsitz des Grafen Aehrenthal, des österreichisch-ungarischen Ministers des Auswärtigen, fand in Wien eine Konferenz von Beamten der österreichisch-ungarischen Ministerien für Handel und Finanzen statt, welcher auch andere Handelssachverständige beiwohnten, um die neuen Arrangements mit den Ver. Staaten zu erörtern unter dem Tarif, welcher Ende März in Kraft tritt. Der Konferenz wurde die Mitteilung gemacht, die amerikanische Regierung habe gewisse Forderungen an Oesterreich-Ungarn gestellt, ehe sie dem Lande die amerikanischen Minimalraten gewährt. Unter diesen Forderungen ist von besonderer Wichtigkeit die verlangte Reduktion des österreichischen Zolles auf Baumwollöl.

Man hofft, den österreichisch-ungarischen Botschafter in Washington, Baron Hengenmüller von Hengervar, zu instruieren, der amerikanischen Regierung mitzuteilen, es sei gegenwärtig unmöglich, dieser Forderung nachzukommen, da eine solche Zollherabsetzung die Annahme von Spezialgesetzen nötig machen würde, sowohl vom österreichischen wie vom ungarischen Parlament, und das sei bei der gegenwärtigen politischen Lage in Ungarn ausgeschlossen.

Der Botschafter wurde instruiert, der amerikanischen Regierung mitzuteilen, daß Oesterreich-Ungarn wohl willens ist, die verlangte Reduktion zu gewähren, aber technische legislative Schwierigkeiten stehen vorläufig noch im Wege. Diese Hindernisse könnten jedoch später aus dem Wege geräumt werden. Oesterreich hoffe deshalb, daß die Ver. Staaten ihm die Minimalraten unter der Klausel der meistbegünstigten Nation zugestehen würden.